

die zahlreichen Vorschläge auf Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten, auf Abschluß eines Friedensvertrages und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ab. Mit ihrer antinationalen Politik vertieften sie vorsätzlich die Spaltung Deutschlands immer mehr.

Demgegenüber bewies die Politik der Deutschen Demokratischen Republik, daß sie die Basis des Kampfes der friedliebenden patriotischen Kräfte gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage war. Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unternahmen zahlreiche Schritte zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates. Während die bürgerlichen Parteien in Westdeutschland und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dem deutschen Volk sein Recht auf die Gestaltung seines eigenen Schicksals absprachen, erklärte die Nationale Front des demokratischen Deutschland mit aller Entschiedenheit, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands vor allem die Sache des deutschen Volkes selbst sei. Die Losung „Deutsche an einen Tisch“ erfaßte immer breitere Kreise. Mit erdrückender Mehrheit sprach sich die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik 1951 in einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus. In Westdeutschland wuchs die Bewegung für Frieden und nationale Einheit, deren konsequente Kraft die Kommunistische Partei Deutschlands war, so stark an, daß die Bonner Regierung im Verbot der Volksbefragung und in drakonischen Polizeimaßnahmen den letzten Ausweg sah. Der konsequente Kampf der Deutschen Demokratischen Republik und aller patriotischen Kräfte für Frieden und nationale Einheit verzögerte die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive amerikanische Paktsystem. Die ablehnende Haltung der rechten SPD-Führer gegenüber den zahlreichen Angeboten des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglichte jedoch schließlich die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO. Damit entstand eine gänzlich neue Lage. Die Herstellung der Einheit Deutschlands erforderte jetzt die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa unter Teilnahme beider deutscher Staaten.

Als Antwort auf die Ratifizierung der Pariser Verträge waren die Länder des sozialistischen Lagers gezwungen, durch gemeinsame An-